

Das Parlament

Berlin, Montag 16. Oktober 2017

www.das-parlament.de

67. Jahrgang | Nr. 42-43 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Plötzlich mit Härte

Mariano Rajoy Vergangenen Mittwoch ist der sonst eher bedächtige spanische Ministerpräsident plötzlich sehr deutlich geworden: Mariano Rajoy setzte Kataloniens Regierungschef Carles Puigdemont nach dessen sogleich ausgesetzter Unabhängigkeitserklärung am Tag zuvor zwei Ultimaten, die dieser kaum erfüllen kann: Die Unabhängigkeit explizit zu erklären oder nicht und zur verfassungsmäßigen Ordnung zurückzukehren. Damit ist der 62-jährige Galizier von seinem bisherigen Weg abgekehrt, eher zurückhaltend in dieser Staatskrise zu handeln. Rajoy scheint nun bereit, die Regierungsgewalt in Barcelona zu übernehmen und so eine weitere Eskalation in Kauf zu nehmen. Damit entspricht er dem Wunsch seiner konservativen Volkspartei PP, die schon länger ein hartes Durchgreifen gegen die katalonischen Separatisten fordert. *kru*

ZAHLE DER WOCHE

223,6

Milliarden Euro betrug 2016 das katalanische Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das war 19 Prozent des spanischen BIP. Ein selbstständiges Katalonien mit 7,5 Millionen Einwohnern wäre wirtschaftlich so stark wie Finnland, sein BIP wäre größer als das Portugals, Griechenlands oder vieler osteuropäischer EU-Staaten.

ZITAT DER WOCHE

»Meine Festnahme wäre ein Fehler.«

Carles Puigdemont, Regierungschef von Katalonien, an die spanische Zentralregierung nach der Ausrufung der Unabhängigkeit am Dienstag, die zugleich ausgesetzt wurde. Madrid droht, die Regionalregierung zu entmachten.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview SPD-Fraktionsgeschäftsführer Carsten Schneider im Gespräch **Seite 2**
- Übergang** Welche Rolle die geschäftsführende Bundesregierung spielt **Seite 3**
- Porträt** Wolfgang Schäuble (CDU), der künftige Bundestagspräsident **Seite 4**
- Aufstellung** Die neuen Fraktionen sortieren sich personell **Seite 7**
- Finanzen** Die Gelder der Parteien und Fraktionen nach der Wahl **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Fahrt ins Ungewisse

VOR DER KONSTITUIERUNG Sondierungsgespräche laufen an. FDP hadert mit Sitzordnung im Plenum

Mit 709 Abgeordneten wird sich am Dienstag, 24. Oktober 2017, um 11 Uhr der 19. und größte Deutsche Bundestag aller Zeiten konstituieren. Für das Parlament beginnt damit eine Phase des geschäftigen Abwartens: Die Abgeordneten und Fraktionen werden sich zwar organisieren und ihre Arbeit aufnehmen, aber die wesentlichen Arbeitsstrukturen des Parlaments, die Fach-Ausschüsse, stehen noch nicht fest. Von den Ausschüssen wiederum hängen zahlreiche Personalentscheidungen innerhalb der Fraktionen ab. Bewegung in die Sache wird wohl erst die Regierungsbildung und der neue Zuschnitt der Bundesministerien bringen. In dieser Woche wollen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in ersten Gesprächen sondieren, ob ein sogenanntes Jamaika-Bündnis möglich ist.

Sitzordnung Erste Pflöcke, wie der neue Bundestag auf teils sehr basaler Ebene organisiert sein wird, schlägt aktuell der Vorkonstituierung ein. Dem informellen Gremium gehören Vertreter aller im kommenden Bundestag sitzenden Fraktionen sowie der Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) an. Thema ist zum Beispiel die räumliche Aufteilung der Liegenschaften des Bundestages zwischen den Fraktionen. Öffentliche Beachtung fand aber vor allem die Debatte über die künftige Sitzordnung im Plenarsaal. Damit hadert die FDP. Die Liberalen wollen partout nicht neben den Neulingen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) sitzen, für die – vom Rednerpult aus gesehen – die Stühle ganz rechts vorgesehen sind. Die Liberalen fühlen sich vielmehr in der Mitte des Parlaments richtig aufgehoben, also links von der Unionsfraktion. Zumindest für die konstituierende Sitzung müssen sich die FDP-Abgeordneten wohl mit der AfD als Nachbar arrangieren. Lammert kündigte vergangenen Freitag an, die gleiche Platzierung wie bei der Bundesversammlung vorzugeben, sofern nicht noch eine andere Vereinbarung getroffen werde. Damit säße die FDP neben der AfD (siehe Seite 9). Gewichtiger Tagesordnungspunkt der konstituierenden Sitzung ist die Wahl des Bundestagspräsidenten (siehe ausführlich Seite 5). Noch-Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wird aller Voraussicht nach die Nachfolge von Norbert Lammert antreten. Auf die Rolle als Alterspräsident verzichtet Schäuble deshalb. An seiner statt soll Hermann Otto Solms (FDP) die konstituierende Sitzung eröffnen. Streit beim Thema Präsidium droht den übrigen Fraktionen mit der AfD. Ihr Kandidat für den Vizepräsidenten-Posten, der ehemalige Christdemokrat Albrecht Glaser, steht wegen umstrittener Aussagen zur Religionsfreiheit von Muslimen in der Kritik. Ob er eine Mehrheit bekommt, ist fraglich.



Direkt unterhalb der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes befindet sich die Fraktionsebene. Dort – und anderswo im Parlament – laufen die Vorbereitungen für die neue Wahlperiode auf Hochtouren. © picture-alliance/Daniel Kalker

Ausschüsse Abzuwarten bleibt zudem, wie das Parlament seine Arbeitsfähigkeit in den nächsten Wochen oder Monaten bis zur Bildung einer neuen Regierung herstellen wird. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hatte der Bundestag mit Stimmen von Union und SPD erstmals einen sogenannten Hauptausschuss eingesetzt, der anstelle der Fachausschüsse tagte. Das Vorgehen war umstritten. Weder die Geschäftsordnung noch das Grundgesetz kennen ein solches Gremium. Grüne und Linke lehnten die Einsetzung seinerzeit ab. Die Linke spricht sich auch aktuell gegen eine Wiederauflage aus: Petra Sitte, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion, fordert, bereits am Tag der Kon-

stituierung die im Grundgesetz vorgesehenen Ausschüsse für Verteidigung, Auswärtiges, EU und Petitionen einzusetzen.

Sondierung In Sachen Regierungsbildung gibt es inzwischen Bewegung. Vergangene Woche hatte sich zunächst die Union darum bemüht, interne Differenzen zwischen den Schwesterparteien beim Reizthema Obergrenze auszuräumen. Ziel von CDU und CSU ist es unter anderem, dass fortan pro Jahr höchstens 200.000 Menschen aus „humanitären Gründen“ in Deutschland aufgenommen werden. Für diesen Mittwoch lädt die Union nun zunächst getrennt Grüne und FDP zu Sondierungsgesprächen über ein mögliches Jamaika-Bündnis ein. Am Donnerstag ist dann vorgesehen, dass sich FDP und Grüne treffen, bevor sich am Freitag die vier Parteien gemeinsam an einen größeren Tisch setzen wollen. Die Verhandlungsteams dafür stehen bereits. Die Union will bis zu 18 Christdemokraten und zehn Christsoziale schicken.

Bei den Grünen reist eine 14-köpfige Delegation an. Die Partei hatte jüngst auf einem Länderrat den Weg für Sondierungen freigegeben. Zudem treffen sich die Grünen mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, um die Sondierungen inhaltlich vorzubereiten. Die FDP will mit einem Kernteam von vier Personen verhandeln und gegebenenfalls Fachleute hinzuziehen.

Wahlrecht Unterdessen hat der designierte Bundestagspräsident Schäuble eine Initiative zur Reform des Wahlrechts angekündigt, um künftig die Zahl der Abgeordneten zu begrenzen. Konkrete Vorschläge macht der Christdemokrat indes nicht. Einfach wird es ohnehin nicht werden, wie auch Schäuble weiß. Schon sein Vorgänger hatte vor der nun eingetretenen Aufblähung des Parlaments gewarnt und einen Vorstoß bei dem komplexen Thema gewagt. Durchsetzen konnte sich Norbert Lammert allerdings nicht. *Sören Christian Reimer*

Der designierte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble will das Wahlrecht reformieren.

EDITORIAL

Geordnete Bahnen

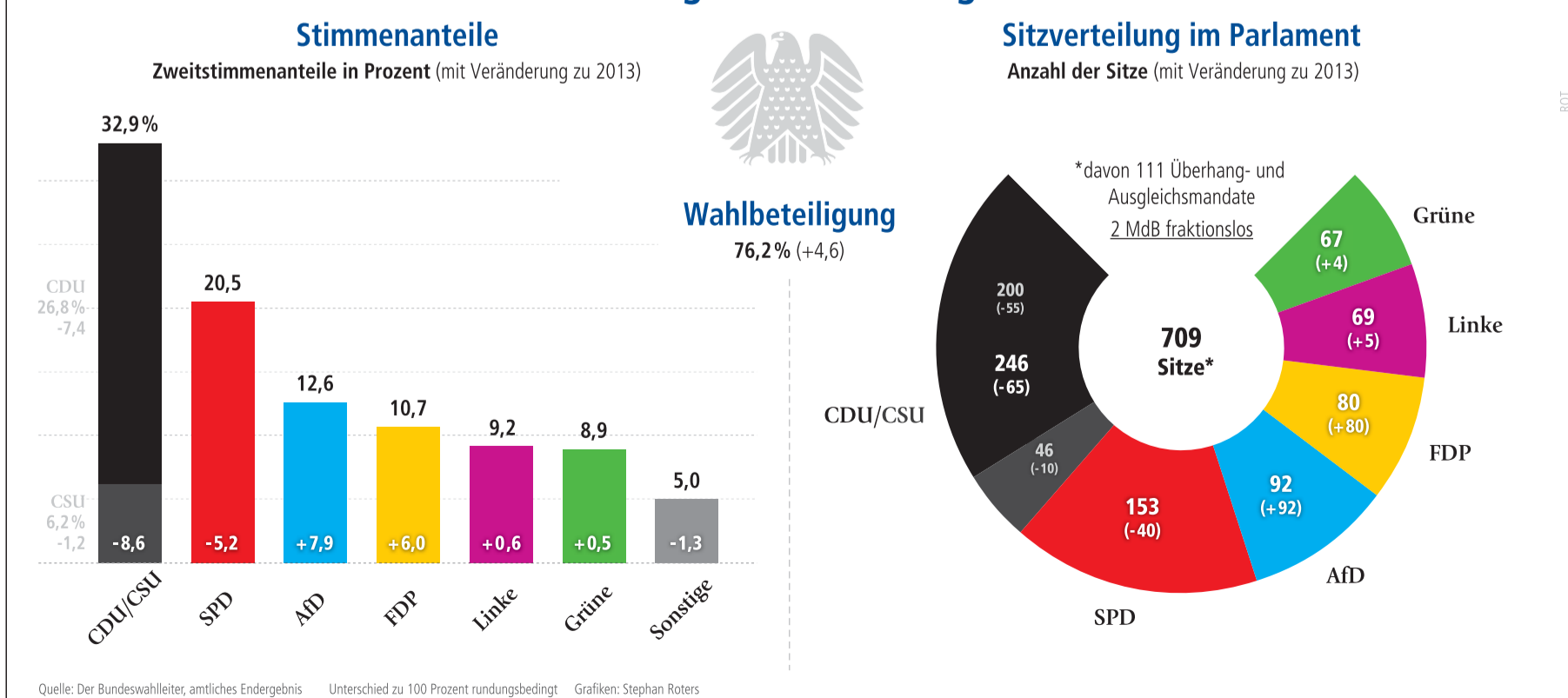
VON JÖRG BIALLAS

Mitunter täte der Politik mehr Gelassenheit gut. Das gilt besonders für die Zeit nach der Bundestagswahl, die traditionell von Machtgeplänkel, Personaldiskussionen und Strategiedebatten geprägt ist. All das gehört dazu, wenn Politik sich neu justiert. Und doch wäre es gelegentlich klüger, nicht in jedes Mikrofon eine ageregere Stellungnahme zu formulieren. Oder wenigstens vorab darüber nachzudenken, welchen Effekt das Gesagte außer dem beabsichtigten auch haben könnte. Der Streit über die Sitzordnung des neuen Bundestages im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes war ein solches Beispiel. Die AfD sollte ursprünglich nicht rechts außen sitzen, auch wenn sie programmatisch zweifellos dorthin gehört. Das sei zu dicht an der Regierungsbank, hieß es. Aha, was könnte da ob der Nähe worauf abfärben? Regierungspolitik auf das AfD-Programm? Oder umgekehrt? Bemerkenswert übrigens auch, dass die FDP unter dem Segel des Liberalismus in der Sitzordnung nach links wegsurfen wollte, um der AfD-Tuchfühlung zu entfliehen.

Der Wähler, gleich welcher parteipolitischen Präferenz, verfolgt derlei Ränkespielen mit Kopfschütteln. Gewiss ist es für alle Beteiligten eine Herausforderung, mit den neuen Verhältnissen umzugehen. Wer unliebsamen Abgeordneten aber mit Symbolik auf Grundschulniveau zu Leibe rücken will, macht sich ähnlich angreifbar wie jene Demokraten, die es für grundsätzlich ausgeschlossen halten, dass ein AfD-Politiker einen Sportausschuss leitet.

Im 19. Deutschen Bundestag wird es ganz gewiss nicht drunter und drüber gehen. Diese Sorge muss niemand haben. Die Geschäftsordnung, Gesetze und nicht zuletzt ein absehbar auch dieses Mal wieder mit erfahrenen und souveränen Persönlichkeiten besetztes Präsidium werden dafür sorgen, dass der parlamentarische Diskurs in geordneten Bahnen verläuft. Trotz angekündigter Provokationen vom rechten Rand. Bis im Bundestag freilich wieder um Inhalte gerungen wird, dürfte nach der konstituierenden Sitzung am 24. Oktober noch einige Zeit ins Land gehen. Erst wenn eine Regierungskoalition steht, ist das Parlament in vollem Umfang handlungsfähig. Angesichts der aktuellen Aufregung ist zu wünschen, dass dieser Prozess nicht länger als nötig dauert.

Amtliches Endergebnis Bundestagswahl 2017



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper